



Im Vorfeld der EU-Wahlen und des « Klimamarsches » vom 24. Mai: Tritt die Regierung effektiv für den Klimaschutz ein oder werden Bevölkerung und insbesondere die Jugendlichen getäuscht?

Die Haltung der Vertreter der Luxemburger Regierung im Vorfeld von wichtigen Entscheidungen auf EU-Ebene werden bei weitem nicht ausreichend im Vorfeld in der Öffentlichkeit und /oder in der Abgeordnetenkammer diskutiert! Dies ist ein Umstand, der seit längerem von so manchem kritisch hinterfragt wird. Es mehren sich die Stimmen jener, die dafür eintreten, dass bei wichtigen Entscheidungen die Vertreter der Luxemburger Regierung ein explizites Mandat erhalten müssten.

Eine Entscheidung, die im Rahmen der letzten Sitzung der EU-Landwirtschaftsminister getroffen wurde, weist dann erneut auf, wie wichtig eine derartige formale Absprache wäre. Sie verdeutlicht aber leider auch auf traurige Art und Weise, wie groß die Diskrepanz zwischen Versprechen / theoretischen Aussagen und der Wirklichkeit von Regierungsseite zu sein scheint.

Um was geht es?

Abgestimmt wurde in dieser Sitzung über das Mandat welches die EU-Kommission das neue Freihandelsabkommen mit Amerika betreffend erhalten soll, man darf es etwas pauschal TTIP 2 nennen. Amerika lehnt bekanntlich das Pariser Klimaabkommen ab und auch Nachhaltigkeitsziele stehen nicht gerade auf der Prioritätenliste der USA.

Eigentlich trat das Europaparlament dafür ein, dass die Berücksichtigung des Pariser Klimaabkommens die Voraussetzung jedweder Freihandelsabkommen ist. Im Vorfeld der Sitzung letzte Woche gab es ein Schreiben, in dem sich Luxemburg gemeinsam mit Spanien und Frankreich dafür einsetzte, dass das Klimaschutzabkommen sowie die Nachhaltigkeitsziele de facto Bestandteil eines neuen Freihandelsabkommens sein müssen:

“France, Spain and Luxembourg would like to draw Council’s attention on the necessity to ensure consistency of trade agreements that the EU is currently negotiating with the 2030 Sustainable Development Goals and the Paris Agreement on climate change.”

Eine Haltung, die notwendig und begrüßenswert ist.

Die Entscheidung, die dann aber von Luxemburg am 15. April mitgetragen wurde, ist eine ganz andere!

Klimaschutz und Nachhaltigkeitsziele werden **nicht** als Voraussetzung angesehen. Wohl wurde davon gesprochen, im Wortlaut des Mandates finden sie aber **keine Erwähnung** mehr. Trotzdem stimmte Luxemburg dem Mandat zu, während Frankreich (leider als einziges Land) dagegen stimmte!

Warum stand Luxemburg nicht zu seiner Haltung? Es hätte wohl nichts an der grundsätzlichen Rats-Entscheidung geändert, und dennoch: Es wäre trotzdem ein wichtiges Signal gewesen und es ist schlussendlich auch eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit!

Wenn

- **alle politischen Parteien in Luxemburg, nach den Schülerstreiks, so tun, als ob Klimaschutz nun Priorität erlangen müsse,**
- **die Akzeptanz der Bedeutung der EU nicht weiter abnehmen soll;**
- **die politischen Parteien nicht jedwede Glaubwürdigkeit verlieren sollen,**

müssen Klimaschutz und Nachhaltigkeitspolitik (inkl. Sozialpolitik) endlich eine reelle Priorität werden. Gerade im Vorfeld der Europawahlen müssen EU-Themen endlich offen und transparent diskutiert werden!

Luxemburger Plattform Stop CETA & TTIP

Mitglieder der Plattform

ALEBA

ASTM / Cercle de coopération des ONG de développement

Bio-Lëtzebuerg

Caritas

CGFP

Fairtrade

FGFC

FNC / Landesverband

Greenpeace

Landjugend a Jongbaueren

LCGB

Mouvement Ecologique

natur&ëmwelt a.s.b.l.

OGBL

Stop TAFTA

Syprolux

ULC

Union Syndicale Fédérale